

Proseminar: Demokratie und Grundrechte

Liste der Bundesgerichtsurteile (Präferenzen 1.-3. angeben)

Formulieren der Abstimmungsfrage

BGE 106 Ia 20

Formulierung der Abstimmungsfrage – Bundesgerichtsurteil zur Formulierung der Abstimmungsfrage und deren Vereinbarkeit mit der Abstimmungsfreiheit gemäss Art. 34 Abs. 2 BV. Diskussion beispielsweise über die Unzulässigkeit von Suggestivfragen, die erhöhte Sorgfaltspflicht der Behörden oder die rechtlichen Anforderungen an die Formulierung von eidgenössischen Abstimmungsfragen.

Intervention in den Abstimmungskampf

BGE 118 Ia 259

Kirchliche Interventionen in den Abstimmungskampf – Älteres Bundesgerichtsurteil zur Frage, ob und inwieweit die evangelisch-reformierte Landeskirche im Vorfeld von Wahlen politisches Engagement betreiben darf; Diskussion dieses Urteils und weiterführender eigenständiger Beitrag zur Frage des politischen Engagements von Kirchen im Vorfeld von Wahlen und Abstimmungen aus heutiger Sicht.

BGE 145 I 175

Intervention der SNB und der kantonalen Fachdirektorenkonferenzen in den Abstimmungskampf – Bundesgerichtsurteil zur Frage, ob und allenfalls wie sich die SNB und die kantonalen Fachdirektorenkonferenzen im Vorfeld der eidgenössischen Volksabstimmung über die Vollgeldinitiative äussern dürfen.

Einheit der Materie

BGE 137 I 200 (französisch)

Einheit der Materie – Diskussion des Grundsatzes der Einheit der Materie durch eine Vorlage, die ein Gesetz über die Besteuerung von Unternehmen mit einem Gegenvorschlag zu einer Volksinitiative für Kindertagesstätten miteinander verband.

Gleichberechtigung bei Wahlen und Abstimmungen

BGE 116 Ia 359 (Rohner gegen Appenzell I. Rh.)

Gleichberechtigung bei den politischen Rechten – Auf kantonaler Ebene wurde die Diskriminierung der Frauen bei der Stimmberechtigung durch diesen Bundesgerichtsentscheid vom 27. November 1990 beseitigt. Diskussion beispielsweise über den Ausschluss von bestimmten Gesellschaftsgruppen in einer Demokratie, etwa am Beispiel des Stimmrechtsalters 16 oder des Ausländerstimmrechts.

BGE 125 I 21

Frauenquoten bei Wahlen – Bundesgerichtsentscheid über die «Wahlchanceninitiative», welcher feststellt, dass die quotenmässige Zuteilung von Volkswahlmandaten eine unzulässige Einschränkung des freien und gleichen Wahlrechts darstellt. Auseinandersetzung mit dem Thema Frauenquoten im Wahlverfahren sowie kritische Diskussion über Gleichstellungsmassnahmen.

(Un-)Gültigkeit von kantonalen Volksinitiativen

BGE 143 I 129

Ungültigerklärung einer kantonalen Volksinitiative – Bundesgerichtsurteil zum Erfordernis der Vereinbarkeit kantonalen Volksinitiativen mit dem übergeordneten Recht und zum Grundsatz *in dubio pro populo*.

Rechtsschutz

BGE 145 I 1

Immunierte Abstimmungserläuterungen/Interventionen untergeordneter Gemeinwesen – Bundesgerichtsurteil zur Frage, ob und allenfalls wie die Verletzung der Wahl- und Abstimmungsfreiheit i. S. v. Art. 34 Abs. 2 BV geltend gemacht werden kann, wenn eine Bundesbehörde im Vorfeld einer eidgenössischen Volksabstimmung ein Abstimmungsvideo veröffentlicht sowie Erläuterungen zu Interventionen der Kantone im Abstimmungskampf des Bundes. Diskussion zu eines dieser Themen.

Wahlverfahren

BGer Urteil 1C_495/2017 vom 29. Juli 2019

Wahlverfahren Kanton Graubünden – Das bisher angewandte Verfahren für die Wahl des Grossen Rats genügt den Anforderungen von Art. 34 Abs. 2 BV nicht. Diskussion zum Wahlverfahren mit aktuellem Bezug, da am 15. Mai 2022 das erste Mal mit dem neuen Wahlverfahren im Kanton Graubünden gewählt wurde (vgl. ANGELIKA HARDEGGER, «Die Macht der Etablierten bröckelt» in: NZZ vom 16. Mai 2022, S. 10).

Demokratie und Medien

BGE 136 I 167

«Recht auf Antenne» – Bundesgerichtsurteil zur Frage, ob ein Dritter von einem Veranstalter die Ausstrahlung einer bestimmten Information verlangen kann. Diskussion zu diesem Thema.

BGE 137 I 340

Meinungsbildung und Programmautonomie – Bundesgerichtsurteil zum rundfunkrechtlichen Sachgerechtigkeitsgebot (Art. 4 Abs. 2 RTVG); Diskussion dieses Urteils, beispielsweise mit Schwerpunkt auf die Frage des Verhältnisses von Programmautonomie und Meinungs- und Informationsfreiheit.

BGE 143 I 194

Justizöffentlichkeit und Kontrollfunktion der Medien – Bundesgerichtsurteil zum Verhältnis von Justizöffentlichkeit und Informationszugang von Journalisten zum Opferschutz in einer Berufungsverhandlung; Diskussion über die rechtsstaatliche und demokratische Bedeutung der Justizöffentlichkeit.

Demokratie und Öffentlichkeit

BGE 138 I 274

Aushängen von Plakaten zu aussenpolitischen Themen am Bahnhof Zürich – Bundesgerichtsurteil zur Meinungsäußerung auf öffentlichem Grund und der Grundrechtsgebundenheit der Schweizerischen Bundesbahnen; Diskussion dieses Urteils mit Bezug zur Funktion des Bahnhofs «als Forum der politischen Kommunikation» (E. 3.4.1).

Demokratie und Volksabstimmungen

BGE 141 II 297

Anspruch auf Nachzählung/Verhältnis zwischen Richterrecht und Gesetzgeber – Bundesgerichtsurteil zur Frage der Nachzählung eines sehr knappen Abstimmungsresultats; Vergleich zur früheren Rechtsprechung und Bezugnahme auf zwischenzeitlich in Kraft getretenes Gesetzesrecht; Diskussion dieses Urteils, beispielsweise der Voraussetzungen und Gründe für eine Nachzählung oder dem Verhältnis zwischen Richterrecht und Gesetzgeber; infrage käme etwa auch ein weiterführender eigenständiger Beitrag zur Frage der Umsetzung einer Nachzählung.

BGE 145 I 207

Kassation einer Volksabstimmung – Volksabstimmung zur Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe», Diskussion etwa zur Frage des Rechtswegs, der Sachlichkeit von amtlichen Abstimmungserläuterungen oder der Rechtsfolgen einer Verletzung von Art. 34 Abs. 2 BV.

BGE 147 I 194

Konzernverantwortungsinitiative und Kritik am Ständemehr – Die Beschwerdeführer kritisieren das Ständemehr, welches gegen den Grundsatz der Rechtsgleichheit, das Diskriminierungsverbot und gegen die Grundprinzipien der Demokratie verstossen würde. Diskussion zu diesem Thema.